

FLORIAN PETERS

SOZIALISMUS, NATION, WESTKREDITE

NATION-BUILDING UND AUSSENPOLITISCHE ORIENTIERUNGEN IM STAATSSOZIALISTISCHEN POLEN

Für die Volksrepublik Polen nach den wechselseitigen Bezügen von Nationsbildung und Außenpolitik zu fragen, liegt in doppelter Hinsicht quer zu hergebrachten und in Polen gern gepflegten nationalen Meistererzählungen. Zum einen verorten diese den Prozess der modernen Nationsbildung üblicherweise in der Auseinandersetzung mit den Teilungsmächten und der gesellschaftlichen Modernisierung während des 19. Jahrhunderts – wenn sie die moderne polnische Nation nicht gleich auf die sarmatische Adelsnation der vormodernen polnisch-litauischen *Rzeczpospolita* zurückführen. Jedenfalls gilt die Wiedererringung der unabhängigen Staatlichkeit im Jahr 1918 in aller Regel als politikgeschichtlicher Schlusspunkt und krönender Abschluss des nationalen Konsolidierungsprozesses. Nimmt man die tatsächliche Verbreitung nationalen Bewusstseins in allen Teilen der polnischsprachigen Bevölkerung zum Maßstab, so ist sich die Forschung weitgehend einig, dass diese mit dem Ende des Zweiten Weltkriegs abgeschlossen war.¹

Zum anderen wird das kommunistische Nachkriegspolen zumeist als fremdgesteuerter Vasall der Sowjetunion und damit als antinationales Projekt interpretiert – im Gegensatz zu der oftmals idealisierten Zweiten Republik der Zwischenkriegszeit. Aus dieser Perspektive erübrigt sich für die Volksrepublik die Frage nach dem Zusammenhang von nationaler Idee und außenpolitischen Orientierungen – nationalbewusste Polinnen und Polen hielten sich schließlich fern von diesem usurpatorischen Pseudostaat (oder bekämpften ihn im Idealfall als „verfemte Soldaten“ aus den Wäldern), und die volkspolnische Außenpolitik wurde sowieso in Mos-

¹ MICHAŁ ŁUCZEWSKI, *Odwieczny naród. Polak i katolik w Żmiącej* [Die ewige Nation. Der Pole und Katholik in Żmiąca], Toruń 2012, S. 552.

kau gemacht. Wahrhafte Arbeit an der polnischen Nation war demnach ausschließlich in Opposition zum kommunistischen Staat oder im Exil denkbar. Ein eindrückliches Beispiel für diese Sichtweise bietet etwa die monumentale neuere Studie des Soziologen Michał Łuczewski über die Herausbildung und Durchsetzung des polnischen Nationalbewusstseins in einem südpolnischen Dorf, der sich für die Zeit der Volksrepublik in aller Ausführlichkeit den mobilisierenden Kampagnen des örtlichen katholischen Klerus widmet, den ideologischen und strukturellen Identifikationsangeboten der Kommunisten hingegen kaum Beachtung schenkt – von deren nationaler Rahmung ganz zu schweigen.²

Nun steht außer Frage, dass das Selbstbild eines katholischen Polens als Bollwerk des abendländischen Christentums gegen den Osten, das zum Zeitpunkt der Etablierung des Staatssozialismus bereits fest in beträchtlichen Teilen der Bevölkerung verankert war, sich nur schwerlich mit den Grundfesten des neuen Systems zur Übereinstimmung bringen ließ. Auch der Primat der Bündnistreue innerhalb des sozialistischen Lagers und die massiven Einschränkungen der Souveränität der ostmitteleuropäischen „Bruderstaaten“ zugunsten des sowjetischen Hegemons sind unbestreitbar. Gerade in der Außenpolitik waren nationale Spielräume besonders stark durch die Einbindung in das imperiale System der Sowjetunion beschränkt, und von einem offenen Diskurs über Grundfragen der Innen- und Außenpolitik konnte ohnehin keine Rede sein. Dies gilt ganz sicher für die Zeit des Hochstalinismus bis 1956, mit Abstrichen aber auch für die späteren Jahrzehnte.

Dennoch bedarf das verbreitete Bild, das polnische Nation und sozialistischen Staat in jeder Hinsicht als Gegensätze begreift und jegliche Bezüge zwischen Nationalbewusstsein und außenpolitischen Orientierungen während der Volksrepublik in Abrede stellt, einer gewissen Differenzierung. Nicht erst seit der inzwischen beinahe schon klassischen Studie von Marcin Zaremba über die nationalistischen Legitimationsstrategien der polnischen Kommunisten ist schließlich klar, dass sich das Verhältnis zwischen Nation und Kommunismus auch in Polen weitaus komplizierter gestaltete.³ Die ideologischen Anleihen der Kommunisten bei ethnonationalistischen Traditionen traten nicht nur in Krisensituationen wie dem März 1968 offen zu Tage, sondern bildeten einen integralen Kernbestandteil des „polnischen Weges zum Sozialismus“. Und jeder, der einmal einen

² Ebd., S. 375–464.

³ MARCIN ZAREMBA, *Im nationalen Gewande. Strategien kommunistischer Herrschaftslegitimation in Polen 1944–1980*, Osnabrück 2011.

längeren Blick in die Protokolle der Gespräche zwischen Gomułka und Chruščev geworfen hat, wird auch die Vorstellung revidieren müssen, es habe sich bei den polnischen Kommunisten ausschließlich um devote Befehlsempfänger Moskaus gehandelt. Vielmehr konnten diese Treffen durchaus in heftige Auseinandersetzungen über politische Grundsatzfragen münden.⁴

Es lohnt sich also, das staatssozialistische *nation-building* nach 1945 etwas genauer zu betrachten und sich auf die Suche nach dessen Verbindungen mit der außenpolitischen Positionierung Nachkriegspolens zu machen – zumal sich mit guten Gründen bezweifeln lässt, ob Zaremba mit seiner Bewertung des staatssozialistischen Nationalismus als letzten Endes erfolgloser Camouflage-Taktik wirklich richtig liegt.⁵ Der Prozess der Nationsbildung, verstanden als fortschreitende Durchdringung der Gesellschaft mit dem Leitwert der Nation und permanentes Ringen um deren innere und äußere Grenzen, war während der kommunistischen Herrschaft keineswegs eingefroren.

Den folgenden Ausführungen liegt deshalb die Annahme zugrunde, dass die Nation sowohl für die polnischen Kommunisten als auch für die Gegeneliten der polnischen Emigration im Westen und die antikommunistische Oppositionsbewegung der 1970er und 1980er Jahre einen zentralen und keineswegs nur rhetorischen Referenzpunkt bildete – und folglich auch ihre jeweiligen außenpolitischen Orientierungen präfigurierte. Der innere Zusammenhang zwischen *nation-building* und Außenpolitik lässt sich, so meine These, nicht nur auf der Ebene von nationalen Diskursen und Selbstbildern nachverfolgen, sondern spiegelte sich auch in

⁴ So kam es während Gomułkas Besuch in Moskau am 24./25. Mai 1957 zu heftigem Streit über die Bewertung der ungarischen Reformkommunisten Imre Nagy und über den polnischen Anteil an den deutschen Reparationen. Der polnische Ministerpräsident Józef Cyrankiewicz machte Chruščev gegenüber unmissverständlich klar, dass die Reparationsfrage aus polnischer Sicht weit über die finanzielle Dimension hinaus von Bedeutung war: „Es geht nicht ums Geld, sondern darum, wie Polen vorher behandelt wurde und wie die Nation das aufnimmt.“ – Notatka z rozmów delegacji partyjno-rządowej w Moskwie [Gesprächsnotiz der Partei- und Regierungsdelegation in Moskau], in: Polskie Dokumenty Dyplomatyczne [Polnische Diplomatische Dokumente, im Folgenden PDD] 1957, hg. von KRZYSZTOF RUCHNIEWICZ / TADEUSZ SZYMOWSKI, Warszawa 2006, Dok. 124, S. 351–398, Zitat S. 389.

⁵ Kritisch dazu: GRZEGORZ WOŁOWIEC, „Barwy walki“ i polska droga do socjalizmu [„In Polens Wäldern“ und der polnische Weg zum Sozialismus], in: Rok 1966. PRL na zakręcie [Das Jahr 1966. Die Volksrepublik Polen am Scheideweg], hg. v. KATARZYNA CHMIELEWSKA u. a., Warszawa 2014, S. 39–68; PAVEL KOLÁŘ, Der Poststalinismus. Ideologie und Utopie einer Epoche, Köln 2016, S. 144–147.

den spezifischen Vorstellungen und Strategien zur wirtschaftlichen und sozialen Modernisierung des Landes wider.

Worin also lag im polnischen Fall der substanzielle Beitrag des Staatssozialismus zur Nationsbildung bzw. zu ihrer Weiterentwicklung und Vertiefung? Für die von ihnen propagierten nationalen Ideen und Deutungsmuster konnten die polnischen Kommunisten zweifellos nur wenig Originalität beanspruchen. Dagegen konnten sie sich die Schaffung und Konsolidierung eines ethnisch und sozial weitgehend homogenen Nationalstaats in der Tat zumindest teilweise als eigenes Verdienst anrechnen. War das Polen der Zwischenkriegszeit noch ein multiethnischer Staat mit nennenswerten Nationalitätenkonflikten und enormen sozialen Disparitäten gewesen, dessen Selbstverständnis als Nationalstaat faktisch eher ein Missverständnis blieb, so hatten die Gewaltexzesse des Zweiten Weltkriegs den Boden dafür bereitet, die überkommene Heterogenität des postimperialen östlichen Europas ein für alle Mal hinter sich zu lassen.

Die geografische Westverschiebung Polens und die massenhaften Zwangsumsiedlungen während und im Nachgang des Krieges gingen mit dem abrupten Abreißen der jahrhundertealten polnischen Verflechtungen mit seinen Nachbarvölkern im Osten einher und erzwangen die Abkehr von den romantisch überhöhten *Kresy* der alten *Rzeczpospolita*. Deren Verlust wurde zuerst von den moskautreuen Kommunisten, schließlich aber auch von den maßgeblichen Vordenkern des polnischen Exils als Basis für eine pragmatische Neuformulierung polnischer Außenpolitik akzeptiert.⁶

Das von Stalins Gnaden wiedererrichtete Polen rückte nach 1945 also näher an das Modell des modernen westeuropäischen Nationalstaats heran, und zwar nicht allein durch die nationale Homogenisierung seiner Bevölkerung. Mindestens ebenso folgenreich waren die rapide, zentralstaatlich organisierte Industrialisierung, die Expansion des Bildungswesens und die daraus resultierende tiefgreifende strukturelle Transformation von Wirtschaft und Gesellschaft. Gerade die Inkorporierung der ehemals deutschen Ostgebiete hatte nicht nur geopolitische Implikationen; vielmehr gingen außen- und innenpolitische Vorstellungen von einem modernen Nationalstaat hier Hand in Hand. Einerseits verknüpften die Kommunisten die sogenannten „Wiedergewonnenen Gebiete“ mit historischen Ansprüchen, die sie von der mittelalterlichen Herrschaft der Piastendynastie herleiteten und mit denen zugleich die Jahrhunderte polnischen

⁶ TIMOTHY SNYDER, *The Reconstruction of Nations. Poland, Ukraine, Lithuania, Belarus, 1569–1999*, New Haven 2003, S. 202–231.

Ausgreifens nach Osten desavouiert werden sollten. Andererseits war der Erwerb dieser Gebiete aber auch mit Vorstellungen von sozialistischer Modernität aufgeladen, die dem industriellen Fortschrittsparadigma der Hochmoderne entstammten und die für das Oberschlesische Industriegebiet oder die Hafenstädte an der Ostseeküste weitaus passgenauer waren als für die agrarischen Weiten der ostpolnischen *Kresy*.

Zwar gestaltete sich das nach sowjetischem Rezept initiierte Aufholen der überkommenen ökonomischen Rückständigkeit langwieriger und schwieriger, als die Zukunftsgewissheit des Nachkriegsstalinismus versprochen hatte, und letzten Endes sollten sich die Instrumente der staatssozialistischen Planwirtschaft als ungeeignet erweisen, um über das Stadium einer semiperipheren, auf ressourcenextraktive Schwerindustrie gestützten Volkswirtschaft wesentlich hinauszukommen. Dennoch trugen sie ihren Teil dazu bei, den Sprung von einem gutsherrschaftlich geprägten Agrarland zu einer urbanisierten Industrienation mit einer stabilen Staatlichkeit zu schaffen.⁷ Auch wenn Volkspolen heute oft von seinem Ende her als graues Land der Mangelwirtschaft erinnert und mit Dysfunktionalität und ökonomischem Niedergang assoziiert wird, gelang es dem neuen Regime doch, den Lebensstandard insbesondere der massenhaft in die Städte strömenden ländlichen Bevölkerung nach den Zerstörungen des Krieges und dem entbehrungsreichen Wiederaufbau nachhaltig zu verbessern und zu stabilisieren – wenn auch auf vergleichsweise bescheidenem Niveau. Der soziale Aufstieg dieser neuen Industriearbeiter und der städtischen, vielfach in staatlichen Verwaltungen beschäftigten Mittelschichten trug ebenso wie das dezidiert nationale Selbstverständnis des polnischen Staatssozialismus in erheblichem Maße dazu bei, die Legitimationsreserven des Systems aufzufüllen – und das Nationalbewusstsein seiner Bevölkerung zu festigen.

Diese Modernisierungserfahrung der Nachkriegsjahre war prägend für das staatssozialistische Nationsverständnis und bildete auch die reale Basis für den zumindest unter den neuen Eliten verbreiteten Fortschrittsoptimismus. Der Stolz der Kommunisten auf diese rasante Entwicklung

⁷ Vgl. etwa *Modernizacja czy pozorna modernizacja. Społeczno-ekonomiczny bilans PRL 1944–1989* [Modernisierung oder scheinbare Modernisierung. Die gesellschaftlich-ökonomische Bilanz der Volksrepublik Polen 1944–1989], hg. v. JĘDRZEJ CHUMIŃSKI, Wrocław 2010, sowie den ausführlichen Rezensionsartikel von DARIUSZ JAROSZ, *Problemy z peerelowską modernizacją* [Probleme mit der volkspolnischen Modernisierung], in: *Kwartalnik Historyczny* 120 (2013), H. 2, S. 365–384; außerdem ADAM LESZCZYŃSKI, *Skok w nowoczesność. Polityka wzrostu w krajach peryferyjnych 1943–1980* [Der Sprung in die Moderne. Wachstumspolitik in Ländern der Peripherie 1943–1980], Warszawa 2013.

spricht etwa aus einem beinahe hymnischen Text von Zdzisław Rurarz, eines Wirtschaftsberaters Edward Giereks, vom Anfang der 1970er Jahre:

„Hunderttausende Menschen zogen innerhalb der neuen Grenzen Polens um. Wir haben zerstörte Gebiete geerbt, die es mit dem Mutterland zu integrieren galt. [...] Das Dorf machte sich auf den Weg in die Städte. Die Menschen kamen zum ersten Mal mit elektrischem Licht und fließendem Wasser in Berührung. Wir haben die Schulen aller Stufen weit geöffnet, und die Menschen standen, wie nie zuvor, vor der massenhaften Chance gesellschaftlichen Aufstiegs. [...] Die berüchtigten ‚polnischen‘ Straßen sind verschwunden, Aberglaube und Rückständigkeit gehen unter. Über die Hälfte der Menschen lebt in den Städten. Wir haben große Industrien, und in unserem Unterbewusstsein setzen sich schon bestimmte Muster ‚organischer Ordnung‘ fest. Wir sind noch immer kritisch, aber dynamisch, und wir werden wirklich zu einer modernen Nation.“⁸

Auch auf die ethnische Homogenität des von ihnen nach dem Krieg neu aufgebauten polnischen Nationalstaats zeigten sich die regierenden Kommunisten ausgesprochen stolz – und das, obwohl ethnonationalistische Vorstellungen ursprünglich natürlich nicht auf der linken Seite des politischen Spektrums, sondern an dessen entgegengesetztem Ende beheimatet gewesen waren. Hatte die polnische Vorkriegslinkse sich noch dem pro-sowjetischen Internationalismus der KPP oder den romantisch-föderalistischen Ideen Piłsudskis verschrieben, knüpften die polnischen Kommunisten nach dem Krieg implizit an die nationalistische Ausrichtung von Dmowskis Nationaldemokratie (Endecja) an. Mit diesem ideologischen Schwenk befanden sie sich auch in bestem Einklang mit der sowjetischen Nationalitätenpolitik dieser Phase.⁹ Jedenfalls betrachteten die polnischen Kommunisten die von ihnen teils vorgefundene, teils durch ethnische Säuberungen wie die antiukrainische „Operation Weichsel“ von 1947 und durch Umsiedlungsaktionen selbst geschaffene „nationale Einheit“ ausdrücklich als wichtigste Errungenschaft des kommunistischen Systems. So lobte etwa Edward Gierek seine Partei dafür, „alle ethnisch polnischen Gebiete im Rahmen eines homogenen Nationalstaates“ vereint zu haben,¹⁰

⁸ ZDZISŁAW RURARZ, *Przesłanki przyspieszenia rozwoju kraju* [Voraussetzungen für die Beschleunigung der Entwicklung des Landes], in: *Nowe Drogi* (1972), H. 10, S. 133–143, hier S. 135.

⁹ Siehe dazu Bianka Pietrow-Ennker und Dietrich Beyrau in diesem Band.

¹⁰ EDWARD GIEREK, *Jedność narodu – źródłem siły i podstawą przyszłości socjalistycznej Polski*. Przemówienie Edwarda Gierka na pokojowej manifestacji w Gdańsku [Die Einheit der Nation als Quelle der Kraft und Grundlage der Zukunft des sozialistischen Po-

und General Jaruzelski adelte die „Beendigung der langandauernden Nationalitätenprozesse in diesen Gebieten“ gar zur „historischen Aufgabe“, die den polnischen Kommunisten zugefallen sei. Mit der Schaffung eines Polens an Oder und Neiße, so Jaruzelski weiter, hätten die Kommunisten eine „Vision“ verwirklicht, „von der Generationen träumten“.¹¹ Weniger Aufhebens machten die Regierenden aus naheliegenden Gründen nur um die konfessionelle Homogenität der Bevölkerung, die die nationaldemokratische „Vision“ eines katholischen Polens beinahe muster­gültig widerspiegelte.

Der Endecja-Nationalismus war für die moskautreuen Kommunisten nicht zuletzt deshalb so anschlussfähig, weil er von den beiden hergebrachten Alteritätskonzeptionen des polnischen Nationalismus diejenige präferierte, die besser in die geostrategische Perspektive des neuen Hegemons passte: Während die Konstruktion nationaler Identität in Polen klassischerweise auf einer doppelten Abgrenzung nach Osten und nach Westen basierte, also gegenüber dem protestantisch-preußisch dominierten Deutschland und dem orthodoxen Russland, kam den Kommunisten Dmowskis in erster Linie gegen Deutschland gerichtetes Denken mehr als zupass. Die unpopuläre Abhängigkeit der Volksrepublik von der Sowjetunion und die sichtbare Präsenz der Roten Armee ließen sich am einfachsten mit dem wiederholten propagandistischen Verweis auf den jahrhundertealten deutschen „Drang nach Osten“ und das vermeintliche Wiedererstarken des „westdeutschen Militarismus“ rechtfertigen.

Freilich gab es nach den Erfahrungen des Zweiten Weltkriegs gute Gründe für Vorbehalte gegenüber den Deutschen, die durch ebenso objektiv begründete Sorgen vor revisionistischen Gebietsansprüchen noch verstärkt wurden. Indem der staatssozialistische Diskurs antideutsche Ressentiments aber nach Kräften pflegte und förderte, während er zugleich jede Bezugnahme auf die einstigen polnischen Ostgebiete und schon den Hauch von Kritik am östlichen Nachbarn mit rigorosen Sprechverboten belegte, trug er zusätzlich dazu bei, den Bezugshorizont des polnischen Nationalbewusstseins nach Westen zu verschieben.

len. Rede Edward Giereks auf der Friedensdemonstration in Gdańsk], in: Trybuna Ludu, Nr. 206 vom 03.09.1979, S. 3.

¹¹ WOJCIECH JARUZELSKI, Przemówienie na wiecu we Wrocławiu w czterdziestą rocznicę powrotu ziem zachodnich i północnych do Macierzy [Rede auf der Kundgebung in Wrocław zum 40. Jahrestag der Rückkehr der West- und Nordgebiete zum Mutterland] (7. Mai 1985), in: DERS., Przemówienia 1985 [Reden 1985], Warszawa 1986, S. 115–127, hier S. 118–120.

Außenpolitisch machte sich das vor allem in der nachhaltigen Fixierung der volkspolnischen Diplomatie auf die Oder-Neiße-Grenze und das Verhältnis zu den beiden deutschen Staaten bemerkbar. Dabei ging es eben nicht nur um das nachvollziehbare Bedürfnis nach Anerkennung der radikal neu gezogenen Nachkriegsgrenzen, sondern auch um das nationale Selbstverständnis des neuen polnischen Staates. Dies galt insbesondere für die Regierungszeit Gomułkas, der mit seiner Rhetorik jahrelang die Angst vor der deutschen Gefahr schürte. Entsprechend wütend reagierte Gomułka auf die Versöhnungsbotschaft der katholischen Bischöfe an ihre deutschen Amtsbrüder von 1965: Als Antwort auf die kirchliche Einmischung attackierte er Primas Stefan Wyszyński harsch als „begrenzt und ohne nationales Gefühl für die Staatlichkeit“.¹²

Da er sich auf die Garantien der Sowjetunion und die vertragliche Anerkennung der polnischen Westgrenze durch die DDR nicht verlassen wollte, hintertrieb Gomułka auch Annäherungsbemühungen anderer Ostblockstaaten gegenüber der Bundesrepublik hartnäckig. Dass er Chruščev in dieser Frage nicht über den Weg traute, war allerdings wenig verwunderlich: Schließlich hatte der KPdSU-Chef 1957 in seiner Wut über Gomułkas Forderung nach korrekter Berechnung des polnischen Anteils an den deutschen Reparationen nicht davor zurückgeschreckt, kaum verhohlen mit der Infragestellung der Grenzen von Potsdam zu drohen: „Noch ist nicht klar, welchen Verlauf die Geschichte nehmen wird. Was soll das, sind wir bescheuert, Prozente von diesen Millionen zu zahlen?“¹³

Zwar achtete Gomułka stets darauf, nach außen keinen Zweifel an seiner Bündnistreue aufkommen zu lassen – wenn es um die Oder-Neiße-Grenze ging, nutzte er den begrenzten außenpolitischen Spielraum Polens aber voll aus. Es war deshalb nur folgerichtig, dass schon der symbolische Auftakt zu einer eigenständigeren polnischen Außenpolitik nach der Destalinisierung, der Rapacki-Plan von 1957, das Verhältnis zu Polens westlichen Nachbarn in den Mittelpunkt rückte. Die Initiative des polnischen Außenministers Adam Rapacki für die Schaffung einer atomwaffenfreien Zone in Mitteleuropa, die Polen, die Tschechoslowakei und die beiden deutschen Staaten umfassen sollte, war eine Reaktion auf die von dem damaligen Verteidigungsminister Franz Josef Strauß vorangetriebene atomare Bewaffnung der Bundesrepublik. Rapacki hatte seinen Vorstoß

¹² Zitiert nach ZAREMBA, *Im nationalen Gewande*, S. 324.

¹³ PDD 1957, Dok. 124, S. 391.

zwar vorab mit der Sowjetunion abgestimmt;¹⁴ er zielte aber offensichtlich darauf ab, Polen als eigenständigen Akteur zu inszenieren und in einem mitteleuropäischen Kontext zu positionieren, der nicht restlos in der Blockkonstellation des Ost-West-Konflikts aufging. Trotz der Ablehnung des Plans durch die Westmächte konnte Polen damit einen Prestigegewinn auf internationaler Ebene verbuchen, der einem neuen Rapallo zwischen der Sowjetunion und der Bundesrepublik vorbeugen sollte – einem Szenario, das Gomułka überliefertermaßen für durchaus realistisch hielt.

Wie eng außen- und innenpolitische Erwägungen für die polnischen Kommunisten in der deutschen Frage miteinander verquickt waren, trat besonders deutlich zu Tage, als mit der neuen Ostpolitik Willy Brandts die Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze seitens der Bundesrepublik in den Bereich des politisch Denkbaren rückte. Gomułka blieb zunächst vorsichtig, da er sich der Folgen einer möglichen polnisch-westdeutschen Annäherung für die Legitimation der kommunistischen Parteiherrschaft vollauf bewusst war. So warnte er im März 1967 seinen ungarischen Genossen János Kádár vor Kompromissen mit den „deutschen Militaristen“: „Wenn sie uns die Grenze anerkennen, dann nehmen sie uns eine wichtige Waffe im Kampf gegen sie.“¹⁵ Erst als sich abzeichnete, dass Polen mit seiner intransigenten Haltung gegenüber der beginnenden Détente innerhalb des Ostblocks isoliert dastehen würde, preschte Gomułka im Mai 1969 mit einem eigenen Verhandlungsangebot an die Bundesregierung vor.

Die Unterzeichnung des Warschauer Vertrags im Rahmen des Staatsbesuchs von Brandt im Dezember 1970 stellte folglich in mehrfacher Hinsicht eine Zeitenwende für die Volksrepublik Polen dar. Zunächst einmal brachte sie die ersehnte äußere Anerkennung für den von Grund auf umgekrempelten polnischen Nationalstaat in seinem neuen territorialen Zuschnitt. Der Parteiliberale Mieczysław Rakowski resümierte in seinen Tagebüchern: „Ein gewisser Abschnitt in der polnischen Nachkriegsgeschichte ist abgeschlossen. Der Erzfeind hört auf, es zu sein.“¹⁶ Rakowski war sich jedoch im Klaren darüber, dass sich damit auch das

¹⁴ PDD 1957, Dok. 205, 206.

¹⁵ Zit. nach WANDA JARZĄBEK, Deutsche (Neue) Ostpolitik aus polnischer Perspektive, in: Nie mehr eine Politik über Polen hinweg, Willy Brandt und Polen, hg. v. FRIEDHELM BOLL / KRZYSZTOF RUCHNIEWICZ, Bonn 2010, S. 70–96, hier S. 75.

¹⁶ MIECZYSLAW F. RAKOWSKI, Dzienniki polityczne 1969–1971 [Politische Tagebücher 1969–1971], Warszawa 2001, S. 268.

bisherige nationalistische Legitimationsmodell erschöpft, oder zumindest doch merklich an Überzeugungskraft verloren hatte. Er zitierte dazu zustimmend den kommunistischen Spitzenpolitiker Jan Szydlak: „Zwanzig Jahre lang haben wir die Nation mithilfe der Angst vor den Deutschen integriert. Bei den Älteren haben wir auf die Tränendrüse gedrückt, einen Teil der Jüngeren hatten wir auch auf unserer Seite, aber was nun? Jetzt ist die deutsche Karte aus dem Spiel.“¹⁷

Dass solche Fragen durchaus berechtigt waren, sollten die Regierenden nur zu bald zu spüren bekommen: Im Hochgefühl ihres historischen außenpolitischen Erfolgs unterschätzten sie sträflich den Widerstand, den die wenige Tage nach Brandts Besuch verkündete Erhöhung der Fleischpreise in der Bevölkerung auslöste. Dieser mündete direkt in die blutigen Arbeiterunruhen an der Ostseeküste, die Gomulka kurz darauf die Macht kosteten.

Sein Nachfolger Edward Gierek sah klarer, dass der Fortfall des deutschen Feindbilds eine Neuformulierung des Verständnisses von sozialistischer Staatlichkeit unumgänglich machte: Wo die äußere Bedrohung der Nation als Argument ausfiel, wuchsen unweigerlich die Ansprüche an die innere Modernisierungsleistung des staatssozialistischen Projekts. Giereks Antwort darauf war ein neuer impliziter Gesellschaftsvertrag, der die ideologischen Ansprüche des Systems an den Einzelnen auf formale Bekenntnisse reduzierte und im Gegenzug materielle Vorteile versprach, insbesondere verbesserte Konsummöglichkeiten. Die Nation als zentrale Bezugsgröße verschwand in Giereks Konsumsozialismus keineswegs; vielmehr wurde sie nunmehr an wirtschaftlichen Erfolg und individuell messbares Wohlergehen zurückgebunden. Diese Verbindung spiegelte sich in der großspurigen Selbstinszenierung der Volksrepublik Polen als „zehntgrößte Wirtschaftsnation der Welt“ ebenso wider wie in dem paradigmatischen Propagandaslogan „Damit Polens Stärke wächst und die Menschen in Wohlstand leben“.¹⁸ Dass die neue Politik beschleunigten Wirtschaftswachstums sich an den damaligen wirtschaftlichen Kennziffern der BRD und Japans orientierte, belegt eindrucksvoll, wie weit Giereks Beraterstab sich mental bereits im Westen währte.¹⁹

Da das ambitionierte Investitionsprogramm und die Ausweitung wohlfahrtsstaatlicher Leistungen nur mithilfe erheblichen Kapital- und Technologieimports aus dem kapitalistischen Ausland zu stemmen waren,

¹⁷ Ebd., S. 249.

¹⁸ „Aby Polska rosła w siłę, a ludzie żyli dostatniej.“

¹⁹ Vgl. etwa RURARZ, *Przesłanki przyspieszenia*.

markierte der Übergang von Gomułka zu Gierek einen grundlegenden Kurswechsel von einem fast ausschließlich endogenen zu einem (zumindest teilweise) exogen finanzierten Wachstumsmodell. Der enge Nexus zwischen den nationalen Ambitionen und der Außenpolitik des kommunistischen Staats blieb dabei bestehen – wenn auch auf einer anderen Ebene: Wenn man so will, verlagerte sich der Dreh- und Angelpunkt polnischer Außenpolitik von den *Westgebieten*, die zu Gomułkas Zeiten im Fokus gestanden hatten, auf die *Westkredite* und die spätestens mit Ablauf des Jahrzehnts immer drängendere Frage nach ihrer Bedienung. Nachdem die Nationsbildung in territorialer und ethnischer Hinsicht endgültig abgesichert war, rückten nun ihre wirtschaftlichen und sozialpolitischen Dimensionen in den Vordergrund.

Schon Gomułka hatte den Warschau-Besuch Willy Brandts am 7. Dezember 1970 genutzt, um ihm in einem Vier-Augen-Gespräch die Gewährung eines Kredits in Höhe von beachtlichen 10 Milliarden DM nahe-zulegen. In den Folgejahren brachte die polnische Seite diesen nicht eben bescheiden dimensionierten Betrag immer wieder ins Gespräch, sei es im Zusammenhang mit Entschädigungsleistungen für polnische Zwangsarbeiter oder als Gegenleistung für die Ausreisegenehmigungen für Angehörige der deutschen Minderheit. Die Bundesregierung erfüllte die polnische Maximalforderung jedoch nicht. Erst am Rande der KSZE-Konferenz in Helsinki 1975 einigten sich Helmut Schmidt und Edward Gierek schließlich auf einen Kredit in Höhe von 1 Mrd. DM plus weiterer 1,3 Mrd. DM zur pauschalen Befriedigung von Rentenansprüchen. Mit dieser Pauschalzahlung an den polnischen Staat wurden individuelle Entschädigungszahlungen an polnische NS-Opfer bewusst umgangen – für die polnische Regierung, die bereits mit den Folgen des weltweiten Konjunktureinbruchs infolge der Ölkrise zu kämpfen hatte, war die Devisenspritze zur Unterstützung ihrer Wirtschaftspolitik offenkundig wichtiger als die Vertretung der individuellen Interessen ihrer Bürger.²⁰

Diese profitierten von der Détente in den Ost-West-Beziehungen und von den zwischenstaatlichen Lockerungsübungen innerhalb des sozialistischen Blocks jedoch auf andere, oftmals nicht weniger handfeste Weise: Die Liberalisierung des Passregimes bis hin zum visafreien Reiseverkehr

²⁰ KRZYSZTOF RUCHNIEWICZ, *Polskie zabiegi o odszkodowania niemieckie w latach 1944/45–1975* [Polnische Bemühungen um deutsche Entschädigungen in den Jahren 1944/45–1975], Wrocław 2007, S. 182–263; WANDA JARZABEK, *Polska Rzeczpospolita Ludowa wobec polityki wschodniej Republiki Federalnej Niemiec w latach 1966–1976* [Die Volksrepublik Polen und die Ostpolitik der Bundesrepublik Deutschland in den Jahren 1966–1976], Warszawa 2011, S. 450–466.

mit der DDR und der Tschechoslowakei ermöglichte es vielen Polinnen und Polen, nicht nur als Touristen ins Ausland zu reisen, sondern dort auch als Saisonarbeiter etwas hinzuverdienen oder grenzüberschreitenden „Ameisenhandel“ zu betreiben.²¹ Die polnische Wendung *na saksy* (nach Sachsen) für zeitweise Erwerbsarbeit im Ausland illustriert die traditionell große Bedeutung, die in diesem Zusammenhang dem westlichen Nachbarland zukam. Im Zuge der Entspannungspolitik der bundesdeutschen sozialliberalen Koalition verwandelte sich der vormalige Erzfeind Bundesrepublik nicht nur zum größten staatlichen Kreditgeber der Volksrepublik Polen im Westen²² – auch die gesellschaftlichen Kontakte zwischen Westdeutschland und Polen erreichten ein qualitativ neues Niveau. Vor allem auf dieser Ebene leistete die von Willy Brandt und Egon Bahr konzipierte neue Ostpolitik den wohl entscheidenden Beitrag zur Relativierung des polnischen Feindbilds vom bösen Deutschen.²³

Allerdings traten in der zweiten Hälfte der 1970er Jahre auch die erheblichen wirtschaftlichen Abhängigkeiten, die das Investitionsprogramm Giereks nach sich zog, immer deutlicher zu Tage. Diese beschränkten sich keineswegs nur auf Hochtechnologie-Lizenzen: Da neben der Schwerindustrie und dem Wohnungsbau auch die Massentierhaltung massiv ausgebaut wurde, mussten auch Getreide und Futtermittel für die Fleischproduktion kontinuierlich gegen knappe Devisen aus dem kapitalistischen Ausland importiert werden. Diese landwirtschaftlichen Importe schlugen mit rund 10 bis 15 Prozent der gesamten polnischen Auslandsverschuldung zu Buche. Innerhalb eines Jahrzehnts wuchs der polnische Schuldenberg im Westen von gut 1 Mrd. US-Dollar (1970) auf über 24 Mrd. US-Dollar (1980).²⁴ Es liegt auf der Hand, dass diese Situation auch den innenpolitischen Spielraum der kommunistischen Regierung ein-

²¹ „Schleichwege“. Inoffizielle Begegnungen sozialistischer Staatsbürger zwischen 1956 und 1989, hg. v. WŁODZIMIERZ BORODZIEJ u. a., Wien 2010.

²² Der Löwenanteil von rund 70 Prozent der polnischen Auslandsverschuldung entfiel allerdings auf Kredite bei westlichen Privatbanken.

²³ DOMINIK PICK, *Ponad żelazną kurtyną. Kontakty społeczne między PRL i RFN w okresie détente i stanu wojennego* [Über den Eisernen Vorhang. Gesellschaftliche Kontakte zwischen der Volksrepublik Polen und der BRD in der Zeit der Détente und des Kriegsrechts], Warszawa 2016.

²⁴ WIESŁAW RYDYGIER, *Pułapka zadłużenia* [Die Verschuldungsfalle], in: *U źródeł polskiego kryzysu. Społeczno-ekonomiczne uwarunkowania rozwoju gospodarczego Polski w latach osiemdziesiątych* [An den Quellen der polnischen Krise. Gesellschaftlich-ökonomische Bedingungen der wirtschaftlichen Entwicklung Polens in den 80er Jahren], hg. v. ALEKSANDER MÜLLER, Warszawa 1985, S. 222–305, hier S. 239, 270–272.

engte. So sind etwa die vergleichsweise zurückhaltenden Repressionen, mit denen diese auf die wachsenden Aktivitäten der Oppositionsbewegung reagierte, nur mit der Rücksichtnahme auf das polnische Image bei den westlichen Kreditgebern zu erklären. Die Zuspitzung der politischen und wirtschaftlichen Krise ließ die Schuldenfalle dann endgültig zuschnappen: Nach der Entstehung der oppositionellen Massenbewegung *Solidarność* musste Polen 1981 de facto seine Zahlungsunfähigkeit eingestehen.²⁵ Die Einführung des Kriegsrechts wurde zwar von einer vorübergehenden Umorientierung des Außenhandels auf die Ostblockstaaten begleitet; diese war allerdings trotz der harten Sanktionen der Reagan-Administration nicht von langer Dauer. Im Grunde stand die volkspolnische Außenpolitik während der gesamten 1980er Jahre sowohl nach Osten als auch nach Westen im Schatten kontinuierlicher Bemühungen um ökonomische Unterstützung und Verhandlungen über die Modalitäten des Schuldendienstes.

Auch wenn sich die Kommunisten also mehr und mehr auf das realpolitische Ausbalancieren der Folgekosten ihres ökonomisch aus dem Ruder gelaufenen Modernisierungsprojekts beschränken mussten, wollten sie selbst weiterhin an ihrem Beitrag zur Stabilisierung der modernen polnischen Staatlichkeit gemessen werden. In einer programmatischen Rede von 1982, als es um die Legitimation der Parteiherrschaft angesichts von Kriegsrecht und wirtschaftlicher Talfahrt nun wahrlich nicht zum Besten bestellt war, beharrte General Jaruzelski darauf:

„Die Partei hat, unabhängig von den Fehlern, die sie begangen hat, eine gute historische Legitimation. Wenn es die Partei nicht gäbe [...], wäre Polen bestenfalls eine Art Herzogtum Warschau. Zwar gäbe es heute vielleicht mehr Schuhe, allerdings wohl auch nicht für alle, aber Polen wäre höchstwahrscheinlich ein solches und kein anderes staatliches oder pseudostaatliches Gebilde. Von den Westgebieten, von Wrocław, Szczecin und Gdańsk, von allen diesen Orten, wo man so gerne streikt, die sich aber nur dank dieses Systems in Polen befinden, will ich gar nicht erst reden.“²⁶

²⁵ DARIUSZ GRALA, *Reformy gospodarcze w PRL (1982–1989). Próba uratowania socjalizmu [Wirtschaftsreformen in Volkspolen (1982–1989). Der Versuch, den Sozialismus zu retten]*, Warszawa 2005, S. 80–85.

²⁶ WOJCIECH JARUZELSKI, *Przemówienie na posiedzeniu Komisji Inicjującej utworzenie Tymczasowej Rady Krajowej Patriotycznego Ruchu Odrodzenia Narodowego wygłoszone 15 września 1982 r. [Rede auf der Sitzung der Initiativkommission zur Gründung des Provisorischen Landesrats der Patriotischen Bewegung zur Nationalen Wiedergeburt am 15. September 1982]*, in: DERS., *Przemówienia 1981–1982 [Reden 1981–1982]*, Warszawa 1983, S. 441–448, hier S. 446.

Mit dem Verweis auf den einst von Napoleon gegründeten polnischen Satellitenstaat machte Jaruzelski unmissverständlich klar, dass er die Konsolidierung des polnischen Nationalstaats und die Integration der Westgebiete als zentrale Kriterien für den historischen Erfolg der kommunistischen Herrschaft betrachtet wissen wollte. Dass er die katastrophale Versorgungslage bei Konsumgütern wie Schuhen (die damals in der Tat zu den meistgesuchten Mangelwaren gehörten) als vergleichsweise unbedeutende Nebensächlichkeit abtat und damit offen hinter Giereks konsumsozialistisches Versprechen zurückfiel, dürfte die Attraktivität und Überzeugungskraft dieser verantwortungsethischen Interpretation des polnischen nationalen Interesses nicht gerade gesteigert haben. Dazu war die behauptete Souveränität des kommunistischen polnischen Staats gegenüber der Sowjetunion dann doch zu fragwürdig und die revisionistische Gefahr aus Westdeutschland – trotz ihrer wiederholten Beschwörungen in der Parteipresse – zu wenig akut.

Letzten Endes war es der im Warschauer Vertrag und den KSZE-Vereinbarungen von Helsinki greifbar gewordene außenpolitische Erfolg der auf die Sowjetunion gestützten, territorial nach Westen verschobenen polnischen Staatlichkeit (bei gleichzeitigem Misserfolg der ökonomischen Aufholjagd gegenüber Westeuropa), der es der demokratischen Opposition erst ermöglichte, den von den Kommunisten usurpierten Alleinvertretungsanspruch für die polnische Nation offen in Frage zu stellen. Angesichts der anhaltenden Wirtschaftskrise und des sinkenden Lebensstandards der Bevölkerung drängte sich die Frage auf, ob die Stabilisierung der kommunistischen Staatlichkeit und das wohlverstandene Eigeninteresse der polnischen Nation wirklich in eins fielen. Sobald der deutsche „Drang nach Osten“ als Feindbild ausfiel, ließ sich auch die geopolitische Verortung Polens in Mitteleuropa neu denken – nämlich ohne das subalterne Schutzverhältnis gegenüber dem sowjetischen Hegemon. Konsequenterweise diskutierten vor allem katholische und konservative Intellektuelle in der unabhängigen Untergrundpresse schon Ende der 1970er Jahre über eine mögliche Wiedervereinigung Deutschlands, die sie als Vorbedingung für die Lösung Polens aus der sowjetischen Dominanz betrachteten.²⁷

Vergleichsweise wenig Interesse zeigten die polnischen Oppositionellen hingegen an dem von Milan Kundera und György Konrád reaktivierte Mitteleuropa-Begriff: Während dieser im Westen breit rezipiert

²⁷ GREGOR FEINDT, *Auf der Suche nach politischer Gemeinschaft. Oppositionelles Denken zur Nation im ostmitteleuropäischen Samizdat 1976–1992*, Berlin 2015, S. 191–206.

und debattiert wurde, wurde er in Polen nur vereinzelt aufgegriffen, und das meist eher ablehnend. Dieses offensichtliche Fremdeln ist auf den ersten Blick verwunderlich – schließlich sollte man meinen, dass die insbesondere bei Kundera deutlich sichtbare antisowjetische bzw. antirusische Stoßrichtung in Polen eigentlich anschlussfähig hätte sein können. Allerdings verortete man sich hier üblicherweise lieber gleich im westlichen, oftmals abendländisch-christlich gedachten Europa als in einem vagen Konstrukt der „Mitte“, die schlimmstenfalls noch irgendwo im Niemandsland zwischen Ost und West liegen würde. Die mit dem Mitteleuropa-Konzept einhergehende regionale Einbettung, die für den dissidentischen Diskurs in der Tschechoslowakei attraktiv sein mochte, erschien den meisten polnischen Oppositionellen entbehrlich oder gar hinderlich.²⁸

Da die polnische Oppositionsbewegung außenpolitisch also unzweifelhaft gen Westen blickte, blieben revanchistische Ansprüche auf die einstigen polnischen Ostgebiete in ihren Reihen marginal. Zwar konnte der Verlust von Wilna und Lemberg in der unabhängigen Publizistik des „Zweiten Umlaufs“ erstmals wieder thematisiert werden; diese Bezugnahmen blieben aber weitestgehend nostalgischer Natur. Angesichts der überschäumenden Begeisterung vieler Oppositioneller für Piłsudski, die national-romantische Aufstandstradition des 19. Jahrhunderts und die Zweite Republik der Zwischenkriegszeit ist es in der Tat bemerkenswert, wie einhellig sie dennoch für ein pragmatisch-partnerschaftliches Verhältnis gegenüber den östlichen Nachbarn Polens plädierten.

Von großer Bedeutung war dabei zweifellos der Einfluss der intellektuellen Vorarbeiten derjenigen polnischen Emigranten im Westen, die sich – anders als die Londoner Exilregierung – schon früh von illusionären Ansprüchen auf ein Polen in den Grenzen von 1939 verabschiedet hatten. Insbesondere die Rolle von Jerzy Giedroyc und der von ihm in Paris herausgegebenen Zeitschrift „Kultura“ wird in diesem Zusammenhang zurecht immer wieder hervorgehoben: Während die Kommunisten in der Ausformulierung einer eigenständigen Position gegenüber dem östlichen Nachbarn naturgemäß an die Grenzen ihrer prekären Souveränität stießen und sich folglich auf die stereotypen Parolen von polnisch-sowjetischer „Waffenbrüderschaft“ und „Völkerfreundschaft“ beschränkten, entwickelte sich die von Giedroyc redigierte Exilzeitschrift zum einflussreichsten Forum des unabhängigen Nachdenkens über die polnischen Beziehungen gen Osten.

²⁸ Ebd., S. 268–270.

Schon 1973/74 hatte Juliusz Mieroszewski in der „Kultura“ ein außenpolitisches Programm skizziert, in dem er die Entstehung unabhängiger Nationalstaaten in der Ukraine, in Litauen und in Belarus antizipierte und darlegte, warum das Überleben dieser Nationalstaaten im genuinen polnischen Interesse läge. Entgegen dem ersten Anschein handelte es sich dabei gerade nicht um eine Neuauflage von Piłsudskis Föderalismus-Konzeption, die auf der Überzeugung von der einigenden Kraft der vermeintlich überlegenen polnischen Hochkultur beruht hatte. Vielmehr dachte Mieroszewski die durch die Schaffung eines modernen mitteleuropäischen Nationalstaats nach dem Zweiten Weltkrieg veränderte Lage der polnischen Nation konsequent weiter. Auch wenn diese Überlegungen damals, auf der Höhe sowjetischer Machtentfaltung, einigermaßen romantisch erscheinen mussten, sollten sie sich doch als ausgesprochen realistisch erweisen. Ihr Realismus lag eben darin, dass sie die durch die staatssozialistische Modernisierung nachhaltig veränderte Situation der polnischen Nation zum Ausgangspunkt ihrer Betrachtung machten, anstatt verblichenen polnischen Großmachtambitionen wie der Idee vom „Intermarium“ (*Międzymorze*) zwischen Ostsee und Schwarzem Meer nachzuhängen. Timothy Snyder hat die außenpolitische Vision von Giedroyc und Mieroszewski deshalb treffend als „accommodation with modernity“ bezeichnet.²⁹

Von diesen intellektuellen Vorarbeiten profitierte auch die oppositionelle Szene im Lande, die sich grundsätzlich zustimmend auf die Pariser „Kultura“ bezog. Als die Gewerkschaft *Solidarność* im Herbst 1981 mit ihrer „Botschaft an die Werktätigen Osteuropas“ erstmals offiziell ihre Unterstützung für antikommunistische Bestrebungen in anderen Ostblock-Staaten bekundete, war dies folglich eher ein gegen einen gemeinsamen Gegner gerichtetes Zeichen antiimperialistischer Solidarität. Das traditionsreiche (und von Litauen bis in die Ukraine alles andere als wohlgeleitene) kulturelle Sendungsbewusstsein der Polen kam allenfalls noch in der unstrittigen polnischen Vorbildfunktion im Kampf gegen die sowjetische Dominanz zum Ausdruck, war aber nicht mehr mit weitergehenden kulturellen Überlegenheitsgefühlen verknüpft.

Trotzdem blieb das Verhältnis der Oppositionsbewegung zu dem ethnisch-homogenisierenden Nationskonzept des offiziellen staatssozialistischen Diskurses ambivalent. Einerseits öffnete die in den späten 1970er und 1980er Jahren in der oppositionellen Gegenkultur intensiv verfolgte Rekonstruktion einer unverfälschten, „wahren“ Geschichte

²⁹ SNYDER, *Reconstruction of Nations*, S. 223.

Räume für kritische Selbstbefragungen, etwa über die polnisch-jüdische Vergangenheit oder die polnisch-ukrainische Konfliktgeschichte. Andererseits zeigte der Mainstream der Oppositionsanhänger an einer reflektierenden Hinterfragung ihres nationalen Selbstbildes und des Verhältnisses der eigenen Nation zu ihren Nachbarn nur geringes Interesse, sodass klassische Topoi der polnischen Nationalgeschichte wie Katyń und der Warschauer Aufstand die alternative Geschichtskultur dominierten.³⁰

Wie sehr auch diejenigen Teile der polnischen Gesellschaft, die zur kommunistischen Herrschaft Distanz hielten oder diese sogar offen ablehnten, den nationalen Status quo mitsamt seiner nationalkommunistischen Rechtfertigung verinnerlicht hatten, ließ sich unter anderen an ihrem Verhältnis zu den sogenannten Wiedergewonnenen Gebieten ablesen. So konstatierte der Nestor des linksliberalen Flügels der Opposition, Jan Józef Lipski, in seinem berühmt gewordenen Essay „Zwei Vaterländer – zwei Patriotismen“ von 1981: „Fast jeder Pole (sogar der gebildete!) glaubt heute, daß wir nach dem Zweiten Weltkrieg auf Gebiete zurückgekehrt seien, die uns von den Deutschen geraubt worden seien.“³¹ Lipskis Unterscheidung zwischen „nationaler Megalomanie“ und einem selbstkritischen, bürgerschaftlichen Patriotismus zielte zwar in erster Linie auf die bisweilen plumpe „vaterländisch-patriotische Phrasendrescherei in der offiziellen Presse“.³² Allerdings führt die breite Akzeptanz des historisch durchaus fragwürdigen Legitimationsnarrativs über die Westgebiete vor Augen, welch großen Einfluss die staatssozialistische Transformation des nationalen Selbstverständnisses auf die gesellschaftlich verbreiteten Vorstellungen von der polnischen Nation ausübte.

Auch innerhalb des oppositionellen Spektrums bestand keineswegs Einigkeit darüber, ob man den Nationsbegriff in ethnisch-exklusivem oder in staatsbürgerlich-inklusivem Sinne verwenden sollte. Wie Gregor Feindt gezeigt hat, setzte sich innerhalb der dissidentischen Elite zwar ein pluralistisches, dialogisches Denken über die Nation durch – dieses blieb aber ein „elitäres Projekt“, das den traditionellen homogenisierenden Ethnonationalismus in der Breite der Oppositionsbewegung letzten Endes

³⁰ FLORIAN PETERS, *Revolution der Erinnerung. Der Zweite Weltkrieg in der Geschichtskultur des spätsozialistischen Polen*, Berlin 2016.

³¹ JAN JÓZEF LIPSKI, *Zwei Vaterländer – zwei Patriotismen. Bemerkungen zum nationalen Größenwahn und zur Xenophobie der Polen [1981]*, in: DERS., *Powiedzieć sobie wszystko ... / Wir müssen uns alles sagen ... Eseje o sąsiedztwie polsko-niemieckim / Essays zur deutsch-polnischen Nachbarschaft*, Warszawa 1996, S. 185–228, hier S. 194.

³² Ebd., S. 189.

nicht zu verdrängen, sondern nur diskursiv einzuhegen vermochte.³³ Schon in der Transformationszeit geriet dieser „dilatatorische Kompromiss“ (Feindt) ins Wanken – nicht zuletzt aufgrund der Positionierung der katholischen Kirche, die ihre in der Auseinandersetzung mit dem Staatssozialismus gestärkte gesellschaftliche Rolle nutzte, um ihren Teil zur Festigung traditionalistischer nationaler Selbstbilder beizutragen.³⁴

So knüpfte das postsozialistische Polen mit seinem ersten nichtkommunistischen Außenminister Krzysztof Skubiszewski zwar an die außenpolitischen Konzepte von Mieroszewski an, indem es den Unabhängigkeitsbestrebungen seiner östlichen Nachbarn früh unter die Arme griff. Auch die 1993 an die Macht zurückgekehrten Postkommunisten brachen radikal mit nationalkommunistischen Traditionssträngen und führten die von Skubiszewski begonnene Linie fort. Damit waren Nationalismus und ethnische Homogenitätsfantasien aber noch lange nicht aus der Welt. Angesichts der gegenwärtigen Renaissance der radikalen Rechten in Polen und Ostmitteleuropa ist aufs Neue unübersehbar geworden, wie weit liberale und nationalkonservative Milieus innerhalb der polnischen Gesellschaft in ihrem Verständnis der polnischen Nation auseinanderklaffen.

* * *

Fragt man sich also abschließend nach der Relevanz der vierzig Jahre Staatssozialismus für die Formation und Weiterentwicklung des polnischen Nationalbewusstseins sowie für die daraus resultierenden außenpolitischen Orientierungen, so kommt man nicht umhin, die Volksrepublik als integralen Teil der polnischen Nationalgeschichte anzuerkennen und ihre tiefgreifenden Nachwirkungen hervorzuheben. Die polnische Nation durchlief in diesen vier Jahrzehnten in territorialer, sozialer und ökonomischer Hinsicht eine grundlegende Transformation, wenn dies auch für viele überzeugte polnische Patrioten eine Transformation wider Willen gewesen sein mag. Dabei war die grundsätzliche außenpolitische Orientierung auf die Sowjetunion und ihr Bündnissystem zwar vorgegeben. In diesem beschränkten Rahmen verfolgten die polnischen Kommunisten aber durchaus mit Erfolg eigene Ziele. Diese konzentrierten sich zunächst auf die ethnische Homogenisierung des Landes und das territoriale Konfliktverhältnis mit Deutschland, bevor sie sich seit der Entspan-

³³ FEINDT, Auf der Suche nach politischer Gemeinschaft, S. 287–291.

³⁴ Vgl. GENEVIÈVE ZUBRZYCKI, *The Crosses of Auschwitz. Nationalism and Religion in Post-Communist Poland*, Chicago 2006.

nungspolitik in der wirtschaftlichen Annäherung und Verflechtung manifestierten, mit deren Hilfe die Kommunisten den gewachsenen sozialen Ansprüchen an moderne Staatlichkeit gerecht zu werden hofften.

Die regierenden Kommunisten mochten es zwar nicht beabsichtigt haben, doch im Ergebnis kehrte sich während ihrer Herrschaft die traditionelle polnische Blickrichtung nach Osten, die auf der selbst zugeschriebenen zivilisatorischen Mission der polnischen Kultur als Außenposten des Westens basierte, um. Auch wenn das Konzept zeitgenössisch kaum verwendet wurde, könnte man sagen, dass der Staatssozialismus für Polen eine widersprüchliche Neu-Verortung in Mitteleuropa brachte. Außenpolitische Überlegungen im Exil und in der demokratischen Oppositionsbewegung stellten die gewandelte regionale Verortung Polens nicht mehr in Frage, sondern entwickelten sie produktiv weiter.

Zur unbestrittenen innen- wie auch außenpolitischen Bezugsgröße sowohl der polnischen Kommunisten als auch ihrer Gegner wurde der westliche Nationalstaat der Industriemoderne – wobei die einen seine ethnische Homogenität begrüßten, die anderen seine ökonomischen und sozialen Errungenschaften in den Vordergrund stellten, und die dritten seine freiheitlichen Verheißungen im Blick hatten. Die womöglich nachhaltigste Wirkung des polnischen Staatssozialismus dürfte dabei in der tiefen Verankerung eines auf ethnischer und sozialer Homogenität basierenden Nationalbewusstseins in beträchtlichen Teilen der polnischen Gesellschaft liegen. Es ist deshalb kein Wunder, dass die Ermüdungserscheinungen des Paradigmas der homogenisierenden Moderne im letzten Drittel des 20. Jahrhunderts nicht nur die polnischen Kommunisten, sondern auch die polnische Gesellschaft als ganze vor schwer lösbare Herausforderungen stellte.